

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Claus Schaffer (AfD)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Anerkennung von im EU-Ausland erworbenen humanmedizinischen Studienabschlüssen in Deutschland – Vorlage gefälschter Dokumente

Vorbemerkung des Fragestellers:

Der Marburger Bund (Dr. Hans-Albert Gehle) hat ausgeführt, dass es Probleme mit gefälschten Zeugnissen vor allem bei Angehörigen aus den EU-Staaten Rumänien und Bulgarien gebe. Deren Diplome würden aufgrund europarechtlicher Regelungen (Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG) in Deutschland automatisch anerkannt. Die Länder haben zur Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren die zentrale Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) geschaffen, wo seit 1. September 2016 für 21 Referenzberufe, darunter Ärzte, die GfG mit Echtheitsprüfungen zu vorgelegten Qualifikationsnachweisen beauftragt werden kann.

1. Sind der Landesregierung Fälle von gefälschten Zeugnissen für medizinische Abschlüsse aus den Staaten Rumänien und Bulgarien bekannt? Wenn die Frage mit Ja beantwortet wird, bitte die einzelnen Fälle aufführen.

Antwort:

Gegenwärtig und in der jüngeren Vergangenheit sind der Landesregierung keine Fälle von gefälschten Zeugnissen für medizinische Abschlüsse aus den besagten Staaten bekannt.

2. In wie vielen Fällen hat die Ärztekammer Schleswig-Holstein als zuständige Stelle für die Anerkennung von humanmedizinischen Studienabschlüssen, die zentrale Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) seit deren Einführung beauftragt?

Antwort:

Zuständige Stelle für die Anerkennung von humanmedizinischen Studienabschlüssen ausländischer Antragstellerinnen und Antragsteller ist nicht die Ärztekammer sondern das Landesamt für Soziale Dienste (LAsD). Seit Einführung der zentralen Gutachtenstelle wurden fünf Echtheitsprüfungen veranlasst. Darüber hinaus erfolgten auf Antrag des LAsD bei der GfG 60 Begutachtungen zur Gleichwertigkeit, die eine Echtheitsprüfung beinhalten. Darüber hinaus steht das LAsD im ständigen Austausch mit der GfG über die bundesweiten Ergebnisse von Echtheitsprüfungen.

3. Erwägt die Landesregierung, bezüglich der Problematik gefälschter ausländischer Abschlusszeugnisse im medizinischen Bereich auf Bundesebene z. B. im Rahmen einer Bundesratsinitiative Maßnahmen anzuregen, die dies erschweren, und ggf. welche?

Antwort:

Derzeit wird kein Bedarf gesehen.